

# Kampf dem Projekt-Tod

**Ob Leitspital Liezen oder der S-Link in Salzburg: Große Infrastrukturprojekte haben in Österreich eine hohe Sterblichkeit, weil sich immer öfter lokale Bürgerinitiativen durchsetzen. Eine gefährliche Entwicklung zu Lasten der Allgemeinheit und der Wirtschaft, warnen Expert:innen und fordern mehr Verlässlichkeit von der Politik.**

VON ARNE JOHANNSEN

**D**ie Fachleute sind sich einig: Österreich hat im Verhältnis zur Bevölkerung zu viele Spitäler. Mit 6,7 Betten pro 1.000 Einwohner:innen liegt es deutlich über dem EU-Durchschnitt von 4,5. Die Schweden kommen sogar mit 1,9 Betten aus, ohne dass das Land als medizinisches Notstandsgebiet gilt. Ein besonderer Problemfall sind die kleinen Krankenhäuser am Land, auch darüber ist der Befund eindeutig. Sie sind unwirtschaftlich und können aufgrund geringer Fallzahlen oft nicht die beste medizinische Versorgung sicherstellen, weil es an Praxis und Erfahrung mangelt. Gute Gründe also für Projekte wie das Leitspital in Liezen, das drei kleinere Krankenhäuser ersetzen soll. Nach jahrelanger Planung gab

der steirische Landtag im Sommer 2021 grünes Licht für den Bau.

Doch auch wenn Anfang November der erste Bagger auf dem sechs Hektar großen Gelände gesichtet wurde – dass dort jemals Patient:innen behandelt werden, ist mehr als fraglich. Denn seit der steirischen Landtagswahl stehen die Ampeln politisch auf Rot. Wahlsieger FPÖ hatte sich mit einem „Nein“ zu dem neuen Spital im Wahlkampf deutlich positioniert. Kein großes Risiko: Bei einer Bürgerbefragung im Bezirk hatten zwei Drittel das Projekt abgelehnt.

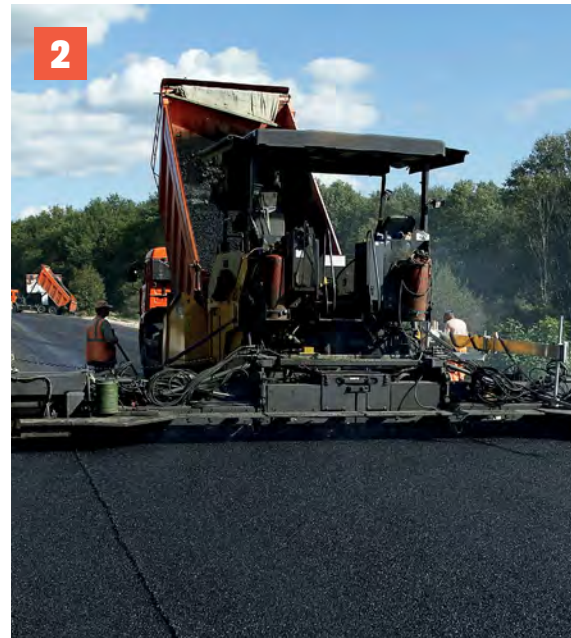
Salzburg ist nicht nur für sein Kulturangebot berühmt, sondern auch für seine massiven Verkehrsprobleme. 75.000 Menschen pendeln täglich in die Stadt ein, was zu Dauerstaus auf den Straßen führt. Abhilfe sollte eine neue U-Bahn als teilweise unterirdische Verlängerung der Lokalbahn vom Salzburger Hauptbahn-

**„Wenn Eigeninteressen Vorrang vor einem übergeordneten öffentlichen Interesse bekommen, ist das gefährlich.“**

**PETER PILZ**  
BDO



1



2

hof durch die Altstadt Richtung Süden bis nach Hallein bringen. Doch der geplante S-Link fiel bei einer Volksbefragung durch, eine knappe Mehrheit von 53,2 Prozent schob den Zug aufs Abstellgleis.

138 Stunden stehen Autofahrer:innen pro Jahr auf der Pyhrnautobahn A9 von Graz in Richtung Süden im Stau. Weil diese Region als Wohn- und Gewerbegebiet immer beliebter wird, wächst die Bevölkerung – und damit auch der zu erwartende Verkehr. Prognosen gehen davon aus, dass sich die Stau- und Stehzeiten bis 2040 auf 370 Stunden mehr als verdoppeln. Doch den geplanten Ausbau des Streckenabschnitts Garz-West bis Wildon stoppte die Grüne-Verkehrsministerin Leonore Ge-

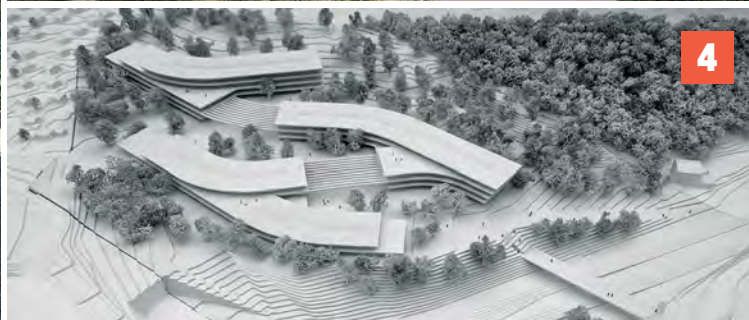


**1 WEGGESTIMMT.** Das Projekt der Salzburger U-Bahn S-Link zur Verkehrsentslastung der Innenstadt fand bei der Volksbefragung keine Mehrheit.

**2 ABGESAGT.** Der Ausbau der Pyhrnautobahn A9 von Graz Richtung Süden wurde von Verkehrsministerin Leonore Gewessler gestoppt.

**3 AUF DER KIPPE.** Dass das geplante Leitspital Liezen in der Steiermark jemals realisiert wird, ist mehr als unwahrscheinlich. Wahlsieger FPÖ hat sich klar dagegen ausgesprochen.

**4 RESET.** Die in Linz geplante Digital-Uni muss zurück an den Start: Der für die Stadtplanung zuständige Vizebürgermeister Dietmar Prammer hat die notwendige Umwidmung gestoppt.



Jahre in die Länge zu ziehen“, so Eisenberger.

Ein Beispiel dafür ist für Eisenberger das geplante Pumpspeicher-Kraftwerk auf der Koralm: Nach vierjähriger Prüfung im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wurden auf dem Gelände seltene Alpen-Salamander entdeckt, was eine erneute Prüfung nach sich zog. Im Sommer 2023 – zehn Jahre, nachdem das Projekt erstmals den beteiligten Gemeinden vorgestellt wurde – kippte das Bundesverwaltungsgericht den positiven Bescheid der steirischen Landesregierung.

Auch das in Gols geplante neue Krankenhaus Burgenland steht auf der Kippe, weil es an ein Vogelschutzgebiet grenzt. „Die Prioritäten haben sich völlig verschoben“, kritisiert Eisenberger, „ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung wichtiger oder ob einige Vögel in Zukunft um das Gebäude herumfliegen müssen?“

Besonders kurios: Der Umweltschutz behindert zunehmend den Umweltschutz. „Windräder, ein Ausbau der Stromnetze und der öffentlichen Verkehrsmittel wären wichtig für den Klimaschutz, aber auch solche Projekte werden blockiert“, unterstreicht Peter Pilz, Partner des Beratungsunternehmens BDO und Begleiter zahlreicher Infrastrukturprojekte.

Darunter leidet auch die Wirtschaft. „Dass größere Infrastrukturvorhaben in diesem Land nicht zu realisieren sind, ist nicht nur ein Drama für die langfristige Perspektive des Wirtschaftsstandorts, sondern gerade auch in der aktuellen wirtschaftlichen Rezession fatal, weil von solchen Projekten wichtige Impulse ausgehen, ►

wessler. Ihr Argument: Neue und bessere Straßen würde nur mehr Verkehr anziehen.

Nicht besser erging es dem Lobau-Tunnel: 20 Jahre lang diskutiert und geplant sollte er ein zentrales Stück der Ostumfahrung Wien werden, bis Gewessler die Ampel für das Projekt auf Rot stellte – trotz vorliegender Genehmigungen.

Auch wenn es zu jedem dieser Projekte Gegenargumente gibt: Die Aufzählung zeigt vor allem, dass größere Infrastrukturprojekte in Österreich eine hohe Sterblichkeit aufweisen. Schon in der Planungsphase formieren sich Gegner und setzen ihnen unter Nutzung aller Möglichkeiten kräftig zu. Und selbst wenn ein Projekt diese Phase überlebt, stirbt es meist vor

der Umsetzung. Doch jetzt formiert sich Widerstand gegen das Projektsterben.

**IMMER IRGENDWER DAGEGEN.** „Infrastrukturprojekte sind in diesem Land kaum noch umzusetzen“, kritisiert etwa Georg Eisenberger, Verfassungsjurist und Experte für Öffentliches Recht, „ich habe Dutzende solcher Verfahren für Projektbetreiber begleitet. Und egal, ob PV-Anlagen, Windräder oder kleinere Wasserkraftwerke – immer hat es Gegner gegeben.“ Oft hätten diese Gegner Erfolg, weil ihnen „ausufernde gesetzliche Regelungen und Verordnungen viele Instrumente in die Hand geben, Genehmigungen zu verhindern oder Verfahren über

**„Infrastrukturprojekte sind in diesem Land kaum noch umzusetzen.“**

**GEORG EISENBERGER**  
VERFASSUNGSJURIST



► weit über die Baubranche hinaus“, betont Anwalt Marin Schiefer, Spezialist für öffentliche Auftragsvergaben.

Aber was steckt hinter der neuen Ablehnungskultur? „Man hat Bürgerinitiativen und NGOs zu viel Macht gegeben, das rächt sich jetzt“, sagt Eisenberger. Einst als gut gemeinte Bürgerbeteiligung gemeint, ist aus Mitsprache vor Ort mittlerweile ein Verhinderungsinstrument geworden. „Wenn Eigeninteressen Vorrang vor einem übergeordneten öffentlichen Interesse bekommen, ist das gefährlich“, sagt auch Experte Pilz.

**EMOTIONEN STATT FAKTEN.** Jüngstes Beispiel: Am zweiten Adventwochenende stimmten die Bürger von Breitenfurt bei Wien gegen den Neubau von 300 Wohnungen und einem medizinischen Primärversorgungszentrum – als gäbe es weder Wohnungsbedarf noch überfüllte Arztpraxen. „Wir haben eine bedrohliche Vertrauenskrise“, analysiert Schiefer, „viele Menschen glauben der Politik nicht mehr, aber auch nicht den Expertinnen und Experten. Das bedeutet in der Konsequenz, dass man in Diskussionen mit Fakten und sachlichen Argumenten nichts mehr erreicht. Emotionen gelten dann mehr als Fakten“ (siehe auch Interview rechts).

Das Thema rüttelt an politischen Grundfesten, wenn an sich demokratische Instrumente wie Bürgerbefragungen die zuvor von demokratisch gewählten Politiker:innen getroffenen Entscheidungen aushebeln. Was als berechtigter Widerstand gegen Naturzerstörung erscheint, wird zum Problem, wenn dieser Widerstand notwendige Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs oder zur Schaffung von Wohnraum verhindert. „Ich bin grundsätzlich ein Fan direkter Demokratie“,

sagt Steuerberater Pilz, „aber sie wird zur Falle, wenn man nicht sorgfältig damit umgeht.“

**POPULISTEN PROFITIEREN.** Hier die gewollte Mitbestimmung von Bürger:innen, dort das übergeordnete Interesse der Gesellschaft – das geht immer seltener zusammen. Die Komplexität vieler Themen lässt sich oft nur schwer auf einfache Ja-oder-Nein-Fragen bringen – und wenn es versucht wird, profitieren davon vor allem Populisten. „Es ist leichter, Angst zu schüren, als für etwas zu argumentieren“, weiß Anwalt Eisenberger aus vielen Verfahren, „dagegen zu sein, ist immer das Einfachste, man braucht ja keine Lösung.“ Volksbefragungen im Vorfeld eines geplanten Projektes seien daher „vor allem ein zusätzliches Verhinderungstool der Gegner, mit dem sie nur gewinnen können“, so Eisenberger. „Lehnt die Mehrheit das Projekt ab, ist es tot, stimmt die Mehrheit dafür, können die Verhinderungsversuche der überstimmten Gegner trotzdem weitergehen.“

Was aber tun, um diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen? „Es braucht eine deutliche Erleichterung der Genehmigungsverfahren“, sagt BDO-Experte Pilz, „sie dauern aktuell viel zu lange. Und jede Verzögerung kostet Geld.“ Sein zweiter Punkt: „Eine sehr gute Kommunikation ist notwendig. Man muss sich frühzeitig überlegen, welche Widerstände es geben kann.“ Sind diese Hausaufgaben erledigt, kommt der entscheidende Punkt ins Spiel: „Wir brauchen Politiker:innen, die nicht nur entscheiden, sondern auch zu ihren Entscheidungen stehen, auch bei Gegenwind“, sagt Schiefer. „Da ist mehr Verlässlichkeit notwendig.“ Letztlich sei das eine Frage der Führungsqualität: „Nicht nur zu tun, was die Leute fordern, sondern das zu tun, was das Land braucht.“

**Infrastrukturprojekte haben in Österreich einen schweren Stand. Eine fatale Entwicklung, weil das Allgemeinwohl nicht berücksichtigt und die Zukunft verspielt wird, sagt Vergaberechtsspezialist MARTIN SCHIEFER.**

**TREND:** Das U-Bahnprojekt in Salzburg abgelehnt, das Leitspital Liezen nach der Wahl vor dem Aus. Ist es überhaupt noch möglich, in Österreich Infrastrukturprojekte umzusetzen?

**MARTIN SCHIEFER:** Autobahn A9, Lobau-Tunnel, Digital-Uni Linz – die Liste lässt sich ja noch beliebig fortsetzen. Es ist tatsächlich so, dass größere Infrastrukturvorhaben in diesem Land nicht zu realisieren sind. Das ist nicht nur ein Drama für die langfristige Perspektive des Wirtschaftsstandorts, sondern gerade auch in der aktuellen wirtschaftlichen Rezession fatal, weil von solchen Projekten wichtige Impulse ausgehen, weit über die Baubranche hinaus.

**Warum scheitern so viele Projekte?** Wir haben eine bedrohliche Vertrauenskrise. Viele Menschen glauben der Politik nicht mehr, aber auch den Expertinnen und Experten nicht. Das bedeutet in der Konsequenz, dass man in Diskussionen mit Fakten und sachlichen Argumenten nichts mehr erreicht, weil die bei vielen Menschen gar nicht mehr ankommen. Emotionen gelten dann mehr als Fakten. Und in einem solchen Klima gelingt es dann immer häufiger Minderheiten, sich – verstärkt durch die Medien – Gehör zu verschaffen. Und besonders fatal ist es, wenn das Thema dann auch noch in einen Wahlkampf gerät und Parteien die Chance erkennen, sich hier auf Kosten sinnvoller Projekte zu profilieren. Dann wird die Diskussion immer irrationaler.

ZUR PERSON

**MARTIN SCHIEFER** ist Gründer der auf Vergaberecht spezialisierten Kanzlei Schiefer Rechtsanwälte mit rund 50 Mitarbeitenden an fünf Standorten. Sein besonders Anliegen: die Transformation der Wirtschaft Richtung Nachhaltigkeit, zu der auch ein neues Denken im Vergaberecht einen wesentlichen Beitrag leisten kann.



# „Das Gemeinwohl hat zu oft keine Stimme“

**Jetzt gibt es bei viele Großprojekten berechtigte Einwände ...** Selbstverständlich, die werden ja in der Planungsphase nach Möglichkeit auch berücksichtigt. Es geht bei den genannten Projekten doch um Vorhaben, mit denen sich Expert:innen ausführlich beschäftigt haben, die durchdacht, durchgeplant und weitgehend auch genehmigt sind – und diese dann abzublasen, ist volkswirtschaftlich einfach ein Wahnsinn. Nicht nur, weil enorme Planungskosten entstanden sind, sondern auch weil für die Zukunft des Landes wichtige Weichenstellungen nicht realisiert werden.

**Heißt das weniger Mitbestimmung durch die Bürger?** Direkte Bürgerbeteiligung klingt immer gut, untergräbt aber prinzipiell unser demokratisches, repräsentatives System. Das beruht darauf, dass vom Volk gewählte Vertreter:innen Entscheidungen im Interesse der Allgemeinheit treffen. Wenn gut organisierte Minderheiten auf Basis von Eigeninteressen diese Entscheidungen dann über Bürgerbefragungen aushebeln, ist das eine bedenkliche Entwicklung. Leider zeigt sich immer wieder, dass sich komplexe Fragestellungen, die mit solchen Projekten verbunden sind, nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten lassen. Wer bei Befragungen komplexe Zusammenhänge

auf einfache Antworten zuspitzt, fördert nur den Populismus, trägt aber zur Problemlösung genau gar nichts bei. Das gilt besonders in Zeiten, in denen es angesagt ist, es „denen da oben“ mal so richtig zu zeigen und schon deshalb grundsätzlich gegen alles zu sein. Zusätzliches Problem dieser Bürgerbefragungen: Das Gemeinwohl, also die Interessen der Allgemeinheit, hat dabei keine Stimme!

**Viele Expert:innen empfehlen als Gegenrezept gegen die grassierende Politikverdrossenheit eine stärkere Einbeziehung der Bürger. Wie passt das zusammen?**

Selbstverständlich muss es im Vorfeld solcher Planung einen Dialog mit den Bürger:innen geben. Aber die Entscheidung muss dann auf Basis von Fakten und der Expertise von Fachleuten fallen, nicht aufgrund von Emotionen. Es kann doch nicht sein, dass Entscheidungen, die die nächste Generation betreffen, aufgrund von Bauchgefühlen und Befindlichkeiten der jetzigen Generation getroffen werden. Die Windräder sind doch ein gutes Beispiel dafür. Wir brauchen sie, um die Klimawende zu schaffen, aber niemand will sie vor der Haustür haben. So kann das nicht funktionieren. Oder glauben Sie, es würde eine Hochquellwasserleitung von der Rax bis nach Wien geben – durch zwei Bundes-

länder –, wenn man damals die Bürger gefragt hätte? Garantiert nicht.

**Was muss sich ändern?** Ich gebe nicht auf, an die Kraft von Sachargumenten zu glauben. Also braucht es bei Infrastrukturprojekten eine klare, transparente Kommunikation. Aber ist dann eine Entscheidung auf sachlicher Basis getroffen worden, muss diese dann auch umgesetzt werden – auch wenn das möglicherweise unpopulär ist. Dafür ist seitens der Politik mehr Verlässlichkeit notwendig. Wir brauchen Politiker:innen, die nicht nur entscheiden, sondern auch zu ihren Entscheidungen stehen. Auch bei Gegenwind. Das ist eine Frage von Führungsqualität: nicht nur zu tun, was die Leute fordern, sondern das zu tun, was das Land braucht.

**Liegt es immer nur an den Politiker:innen?** Nein, das ist auch ein gesellschaftliches Thema. Wir brauchen wieder mehr Demut und Bescheidenheit und ein Bewusstsein dafür, dass es uns so gut geht wie noch nie. Aber wenn wir aus der gegenwärtigen Krise herauswollen, braucht es mutige Entscheidungen. Und das nicht nur in der Politik, sondern in allen Bereichen. Darum geht es ja auch bei den Schiefer Festspielen und den Schiefer Awards: Menschen zu ermutigen und vor den Vorhang zu holen, die Dinge neu denken, nicht nur im Vergaberecht. Es gibt Lösungen für die aktuellen Herausforderungen, aber es braucht Menschen, die dafür ihre Stimme erheben. Dann lässt sich Zukunft positiv gestalten. **T**